

BUCHBESPRECHUNGEN

GÜNTER SCHMÖLDERS

DAS SELBSTBILD DER VERBÄNDE

Empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände in ihrer Bedeutung für die wirtschaftspolitische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1965. 376 S., Ln., 59,60 DM.

Über die Verbände in der Bundesrepublik und ihre Wirksamkeit in Staat und Gesellschaft sind von Staatsrechtlern und Sozialwissenschaftlern zahlreiche Veröffentlichungen von recht unterschiedlichem Wert erschienen. Häufig wurden die Verbände darin als Störenfriede der Demokratie und der Wirtschaftsordnung bezeichnet. Dies hat eine Arbeitsgruppe der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften („Verein für Socialpolitik“) veranlaßt, seit 1960 den Versuch zu unternehmen, die Interessenverbände der Wirtschaft genauer zu untersuchen, um zu einem möglichst vorurteilslosen Bild ihrer Betätigung zu gelangen. Die Ergebnisse dieses Forschungsvorhabens, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell unterstützt wurde, werden in den Schriften des Vereins für Socialpolitik unter dem Übertitel „Wirtschaftsverbände und Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht. Von den vorge-

sehenen sechs Bänden liegt die unter der wissenschaftlichen Leitung von Günter Schmolders erfolgte empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände nun vor.

Was hier nach mehr als fünfjähriger Untersuchung dargeboten wird, zeugt zweifellos von einem nachhaltigen Bemühen, kann aber nicht befriedigen. Unter dem wertneutralen Stichwort „Verbände“ werden hier Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeberverbände, Fachverbände der Wirtschaft, freie Berufe, Genossenschaften usw. samt ihren Untergliederungen ohne Unterschied nebeneinander gestellt und qualitativ verschiedene Probleme, um eine fragwürdige Vergleichbarkeit zu erzielen, quantifiziert.

Von den etwa 5000 Verbänden der Bundesrepublik, „die irgendwie mit der Wirtschaftspolitik in Berührung kommen könnten“ (S. 14) wurden 665 für die statistische Befragung ausgewählt — eine Zahl, die im Hinblick auf die oft nur indirekte Mitwirkung dieser Verbände an der Wirtschaftspolitik selbst von den Verfassern „eher als zu groß als zu klein“ (S. 17) bezeichnet wird. Diesen Verbänden wurde ein umfangreicher Fragebogen vorgelegt, aus dessen Beantwortung genauere Erkenntnisse über die Interessen und Aufgaben der Verbände und über ihre wirtschaftspolitische Wirksamkeit gewonnen werden sollten.

Ich will keineswegs verkleinern, daß auf diese Weise auch gute Ergebnisse erzielt wurden. So etwa, wenn aus den Befragungen festgestellt wurde (S. 85), daß die Befürworter des Wettbewerbs bei den Einzelhandels- und Berufsverbänden, bei den Handwerkskammern und bei den überfachlichen Landesverbänden der Arbeitgeber, die Gegner des Wettbewerbs aber bei den Großhandelsverbänden, den Industrie- und Handelskammern sowie den Landesfachverbänden der Arbeitgeber das Übergewicht haben. Oder wenn (S. 87) ermittelt wurde, daß in allen Verbandsgruppen — von den Gewerkschaften abgesehen — die Ablehnung einer Ausdehnung der Sozialleistungen sehr stark ausgeprägt ist. Bemerkenswert ist auch die generelle Feststellung, daß die Verbandsziele von den Interessen der Nichtorganisierten „wenigstens nach den Antworten der Verbände“ (S. 93) nicht abweichen, „so daß die Verbände berechtigt wären, die Interessen des jeweils ganzen Wirtschaftszweiges zu vertreten“ sowie die weitere Erkenntnis, daß als Hauptgrund gegen eine Organisation im Verband genannt wird (S. 93), „daß der durchaus vorhandene Verbandserfolg den Nichtorganisierten auch ohne deren Mitgliedschaft zufällt“.

Aufschlußreich ist ferner, daß die satzungsmäßige Gleichberechtigung der Mitglieder in den Verbänden nicht überall zur Auswirkung kommt und sich bei fast einem Fünftel der Verbände die wirtschaftlich stärkeren Mitglieder besser durchsetzen (S. 100), sowie die weitere Feststellung, daß bei rund 40 vH der Arbeitgeberverbände Interessengegensätze in der Tarifpolitik bestehen (S. 106). Aus der Erhebung geht auch hervor, daß die Ministerien die Verbände der Wirtschaft und der Arbeitgeber wesentlich mehr unterrichten und zu Stellungnahmen auffordern als die Gewerkschaften (S. 128), und daß Interessengegensätze zwischen den Verbänden häufiger sind als innerverbandliche Interessengegensätze (S. 114).

Wer sich über die Wirksamkeit der Wirtschaftsverbände näher informieren möchte, wird also aus der Erhebung mancherlei Gewinn ziehen. Ihr Ergebnis scheint mir aber in gar keinem Verhältnis zu dem jahrelangen kostspieligen Aufwand zu stehen. Mit dem Tabellenteil, der drei Fünftel des 376 Seiten umfassenden Buches einnimmt, kann ich offen gestanden kaum etwas anfangen. Diese Tabellen sind unter sich zu wenig vergleichbar und das Unterfangen, sie auf den letzten 28 Tabellenseiten zusammenzufassen, muß fast wie eine statistische Spielerei wirken. Als die Initiatoren der Befragung bei den Gewerkschaften Vorbesprechungen führten, habe ich versucht, vor solchen mechanischen Vergleichsversuchen zu warnen und darauf hingewiesen, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen den Gewerkschaften als Bewegung zur Vertretung von Menschheitsinteressen und einem Wirtschafts-

verband zur Wahrnehmung materieller Interessen besteht, der durch derartige Fragebogenvergleiche völlig verwischt wird.

Dazu kommt, daß die Fragestellung nicht immer auf die Realitäten Rücksicht nimmt, teilweise ungenau oder mißverständlich ist und daher auch ihre Ergebnisse fragwürdig sein müssen. Wenn beispielsweise gefragt wird, „auf welche Weise werden Ihre Stellungnahmen in den Plenarsitzungen des Bundestages bekannt?“ so könnte eigentlich nur geantwortet werden: auf keine Weise. Denn es ist im Plenum des Bundestages nicht üblich, in dem Bericht, den ein Ausschuß dem Plenum über die beratenen Vorlagen erstattet, die Stellungnahmen einzelner Verbände bekanntzugeben. Oder wenn gefragt wird, mit welchen Bundesministerien der Verband „irgendwelchen Kontakt (schriftlich, telefonisch, usw.) entweder direkt oder indirekt“ hatte, so ist mit den Antworten überhaupt nichts anzufangen, wenn man nicht weiß, welcher Zeitraum für diese Kontakte zugrunde gelegt wird und ob als Kontakt auch schon eine bloße Erkundigung gilt. Viele der Ergebnisse hätten sich auf leichtere Weise nicht minder zuverlässig durch persönliche Rücksprachen bei den betreffenden Verbänden ermitteln lassen.

Darüberhinaus muß leider auch gesagt werden, daß die Untersuchung stellenweise unwissenschaftliche Werturteile fällt, beispielsweise wenn die Gewerkschaften als „fellow-travelers“ für das Kartellgesetz (S. 53) oder als „Arbeitsmarktkartell“ (S. 68) bezeichnet werden. Ein unzulässiges Werturteil ist auch die Behauptung: „Noch wichtiger als diese Bemühungen um die Mitglieder ist jedoch der Mitbestimmungsdrang der Gewerkschaften“ (S. 70). Wer so etwas behauptet, beweist seine unzureichende Kenntnis der gewerkschaftlichen Ziele. Er hätte mindestens eine Überlegung anstellen sollen, ob die Forderung nach Mitbestimmung, die hier gefühlsbetont als „Mitbestimmungsdrang“ bezeichnet wird, nicht ein hervorragendes Beispiel für das Bemühen um die Mitglieder ist und von diesen ausdrücklich bejaht wird.

Wer sich der großen Mühe unterzieht, das Buch durchzuarbeiten, wird daraus mehr für die Erkenntnis der übrigen Wirtschaftsverbände entnehmen können, als für das Verständnis der Gewerkschaften. Es ist bedauerlich, wenn Ende 1965 ein wissenschaftliches Buch erscheint, in dem zwar das erste Grundsatzprogramm des DGB (das die Verfasser einmal in das Jahr 1948, einmal in das Jahr 1949 verlegen) erläutert aber übergangen wird, daß 1963 ein neues (zweites) Grundsatzprogramm beschlossen wurde. Da die Erläuterungen dieses Kapitels nur vom ersten nicht mehr geltenden Grundsatzprogramm ausgehen, wird ein Leser, der die Gewerkschaftsbewegung nicht kennt, irreführt.

Auch die sprachliche Durcharbeitung des Werkes könnte besser sein. So wird beispielsweise unbekümmert häufig das Wort „vollkommen“ (S. 71, 86, 88) gebraucht, während offensichtlich „vollständig“ oder „ausschließlich“ gemeint ist.

So begrüßenswert das Unterfangen der Arbeitsgruppe des Vereins für Socialpolitik auch ist: das Ergebnis der ersten Erhebung über das Selbstbild der Verbände kann leider nicht befriedigen und sollte einer nochmaligen Überarbeitung unterzogen werden.

Dr. Kurt Hirche

OTTO BRENNER GEWERKSCHAFTLICHE DYNAMIK IN UNSERER ZEIT

Sammlung "res novae", Band 47. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1966. 176 S., Paperback 9,80 DM.

Der Gewerkschaftsführer — wie der Politiker den Aufgaben des Tages und der Stunde verpflichtet — formuliert seine Gedanken zu meist in Vorträgen, die nur dem jeweiligen Hörerkreis bekannt werden; allenfalls werden sie in Protokollen und Jahrbüchern nachgedruckt, die wiederum nur einen genau begrenzten Kreis erreichen und dann oft ungelesen in Regalen aufbewahrt werden. Arbeiten, die nicht unwesentlich zum Verständnis unserer Epoche beitragen könnten, werden auf diese Weise um ihre eigentliche Wirkung gebracht und gehen auch der künftigen Geschichtsschreibung verloren, die sich auf sie stützen könnte.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß sich Otto Brenner auf Drängen seiner Freunde entschlossen hat, aus der Fülle von Vorträgen, die er im letzten Jahrzehnt gehalten hat, eine wohlbedachte Auswahl zu dem hier vorgelegten Band zusammenzufassen. Diese Vorträge und Aufsätze zeichnen sich aus durch die Klarheit ihres Gedankenganges und ihrer Sprache und durch die Kraft der Überzeugung eines einsichtigen und zielbewußten Mannes, dessen Äußerungen durch die Tatsache, daß er seit 1952 der frei gewählte Sprecher der größten Einzelgewerkschaft der Welt und seit 1961 auch der Präsident des Internationalen Metallarbeiterbundes ist, zusätzliches Gewicht zukommt.

Die acht Vorträge, die hier (neben fünf Aufsätzen) im Druck vereinigt sind, wurden im In- und Ausland vor sehr verschiedenen zusammengesetzten Gremien gehalten — ganz überwiegend *außerhalb* der Gewerkschaften. Das erhöht, so scheint mir, ihren Wert; denn Brenner war dadurch veranlaßt, seine Ansichten über die Aufgaben der Gewerkschaften in unserer Zeit in einer Sprache zu formulieren, die vor allem Außenstehende, ja auch

Kritiker und Gegner der Gewerkschaften zu überzeugen versucht — und, so glaube ich, zu überzeugen vermag.

Die Aspekte der Brennerschen Analyse und Argumentation sind sehr vielschichtig. In der historischen Perspektive zeigt er wiederholt aufschlußreiche Gegenüberstellungen zu den Verhältnissen im 19. Jahrhundert, im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und greift auf Ereignisse wie den Kapp-Putsch, die Machtergreifung 1933, den Widerstand im Dritten Reich zurück, um daraus Folgerungen für die Einschätzung des Heute und Morgen zu ziehen. In soziologischer Sicht bietet er interessante Vergleiche etwa zwischen der englischen und der deutschen Industriegesellschaft und Arbeiterbewegung und vermittelt wichtige Einblicke in die verschärften Abhängigkeiten des modernen Menschen im Zeitalter der Hochmechanisierung, der Bürokratisierung, der Automation und des Atoms sowie der modernen Massenbeeinflussung und des wachsenden Eingreifens des Staates in das gesellschaftliche Leben.

Die Thematik der hier vereinigten Arbeiten ist vielfältig: Demokratisierung der Wirtschaft, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, Verwirklichung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates, Probleme der Eigentumpolitik, die Problematik von Streik und Aussperrung, die heutige Bildungspolitik in ihren Verzweigungen, die Rolle der Gewerkschaften im integrierten Europa — das sind ein paar Stichworte, um den reichen Inhalt dieses schmalen Bandes anzudeuten. Aktuelles aus den Bereichen der deutschen Wirtschafts- und Innenpolitik (etwa die *SpiegelaS'ire*, die Notstandsgesetzgebung) wird immer wieder als Beispiel herangezogen. Grundsatzprogramm und Aktionsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden als Ergebnis jahrelanger Arbeit, an der Otto Brenner hervorragend beteiligt war, und als Auftrag künftigen Wirkens gewürdigt.

So ist aus der Zusammenfassung dieser dreizehn sich vorzüglich ergänzenden Einzelarbeiten ein Buch von aktueller und bleibender Bedeutung entstanden. Dr. Walter Fabian

MELDUNGEN AUS DEM REICH

Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitschentes der SS 1939—1944. Herausgegeben von Heinz Boberach. Verlag Hermann Luchterhand GmbH, Neuwied und Berlin 1965. 551 S., Paperback 38 DM.

1937 formulierte *Heydrich*, der Chef des SD, in einem Erlaß für die Abteilung II, 2 folgende Instruktion: „Aufgabe der Lageberichterstattung auf den Lebensgebieten kann es nur sein zu berichten, wie sich die nationalsozialistische Weltanschauung auf den einzelnen Lebensgebieten durchsetzt und welche Widerstände und ggf. von wem zu verzeichnen sind; nur unter diesem Gesichtspunkt ist

über kulturelle, materielle oder das Gemeinschaftsleben betreffende Dinge zu berichten." Diese Sätze hielten sich durchaus im Rahmen des SD-Stils, war doch dieser „Sicherheitsdienst" der SS entstanden, um die Gegner innerhalb und außerhalb der Partei aufzufinden, zu überwachen und unschädlich zu machen. — Tatsächlich aber begründete dieser Erlaß so etwas wie ein Meinungsforschungsinstitut im NS-Staat.

Die Idee dazu hatte der SS-Gruppenführer *Otto Ohlendorf* gehabt, der aus den Wirtschaftswissenschaften kam (er war eine Zeitlang Assistent am Institut für Weltwirtschaft in Kiel gewesen) und dort mit den Anfängen einer planmäßigen Beobachtung der Wirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen in Berührung gekommen war. Diese Beobachtung wollte er erweitern auf die ganze Bevölkerung. Das meint der Terminus „Lebensgebiete". — Diese Idee war ungewöhnlich in einem System, das seiner Ideologie nach nicht daran interessiert war, auf die Meinung der Bevölkerung zu hören, sondern daran, die Meinung zu machen und zu lenken und nicht in das Konzept Passendes zu unterdrücken. Ohlendorf gelang es aber, die Erlaubnis zu dieser Art der Meinungsforschung zu bekommen, die, nach seinen eigenen Worten, dem Staat die Informationen beschaffen sollte, die im parlamentarischen Staat die frei sich äußernde öffentliche Meinung lieferte.

Allerdings blieben der Kreis der zu Informierenden so beschränkt und die Information so geheim, daß der normale Bürger nie etwas davon erfuhr, sondern im SD nach wie vor das sehen mußte, was er — neben der Gestapo — seiner Hauptabsicht nach auch blieb: ein Apparat zur Beobachtung und Verfolgung von wirklichen oder potentiellen Gegnern des Regimes.

Erst jetzt erfahren wir von diesem „Meinungsforschungsinstitut" durch die Publikation von *Heinz Boberach*, einem Mitarbeiter am Koblenzer Bundesarchiv, das u. a. die Akten des SD aufbewahrt. Boberach veröffentlicht in seinem Buch in Auszügen den interessantesten Teil der Informationen, nämlich diejenigen, die während des Krieges unter der Bezeichnung „Meldungen aus dem Reich" täglich an die zuständigen Stellen in Regierung und Partei geliefert wurden.

Es handelt sich um Stimmungsberichte der Bevölkerung zu den Kriegseignissen, also zu Wehrmachtsberichten, Presse- und Rundfunknachrichten, Wochenschauen, Führerreden, Maßnahmen der Regierung und der Behörden, Bombenangriffen auf deutsche Städte, Versorgung mit Lebensmitteln, usw. — Die Informanten waren haupt- und nebenamtliche Funktionäre des SD bis hinunter zu den kleinen Außenposten in den Dörfern, die zu ihren sonstigen Aufgaben den Auftrag bekamen,

das Volk sozusagen „neutral" zu belauschen. Dazu kamen Berichte von beauftragten Fachleuten, etwa Ärzten, Richtern, Behördenvertretern, über die Auswirkungen von Maßnahmen oder Ereignissen auf ihrem Fachgebiet. Das war eine mehr statistische und analytische Arbeit von höherer Warte aus. Neben die täglichen Einzelberichte traten auch von Fall zu Fall Überblicke über größere Zusammenhänge, was der Absicht entsprach, so etwas wie Trends zu erfassen.

Diese Berichte wurden gesammelt, verarbeitet und weitergegeben von dem erwähnten Amt II, 2 in der Zentrale des SD unter der Leitung von Ohlendorf, der einen Stab von jungen Wissenschaftlern eigens zu diesem Zweck um sich versammelt hatte.

Das Ergebnis liest sich in Boberachs Dokumentenband erstaunlich interessant als eine recht genaue Darstellung der wirklichen „Volksstimme" während des Krieges. Erstaunlich auch deshalb, weil trotz aller offiziellen Information und Propaganda offenbar durch unsichtbare Kanäle die wirklichen Tatsachen und ihre Folgen (z. B. Stalingrad) rasch in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt wurden. Diese Dokumente sind einerseits sehr geeignet, die Vorstellung von der geschlossen hinter Hitler stehenden öffentlichen Meinung zu differenzieren. Daß sie aber andererseits nicht zum allgemeinen Alibi taugen, zeigen die oft erschütternden Übereinstimmungen der wirklichen öffentlichen Meinung mit der des Regimes bei manchen verbrecherischen Maßnahmen. So kann die Lektüre dieser Stimmungsberichte aus dem Krieg durchaus zur Gewissensforschung für diejenigen dienen, die diese Zeit als einfache „Volksgenossen" miterlebt haben.

Boberachs Edition ist wissenschaftlich zuverlässig. Eine Einleitung gibt eine gedrängte, aber klare Übersicht über Entstehung, Arbeitsweise und Geschichte des Ohlendorfschen Amtes. Die einzelnen Berichte sind gut ausgewählt und in Fußnoten mit den zum Verständnis des Berichteten nötigen Informationen versehen. Personen-, Orts- und Sachregister ermöglichen eine suchende Lektüre und erleichtern das Nachschlagen.

Der Kuriosität halber sei noch erwähnt, daß Ohlendorfs „Meldungen" je länger je mehr von den nationalsozialistischen Führern (*Goebbels*, *Himmler*, *Bormann* usw.) als Belastung empfunden wurden. Je negativer der Krieg sich für Deutschland entwickelte, desto mehr empfanden sie die Meldungen als Gemecker, Defaitismus, ja Sabotage durch Gegner des Regimes. So sehr verdrängten ihre Hirne die Wirklichkeit, wenn sie ihnen zu Gesicht und Gehör kam. Im Juli 1944 wurden die „Meldungen aus dem Reich" folgerichtig verboten.

Bezeichnenderweise wagten die hohen Funktionäre es nicht, diese Berichte *Hitler* zur Kenntnis zu geben, nur weil sie nicht dem

entsprachen, was „der Führer“ hören wollte. Er vermißte sie allerdings offenbar nicht. Und auch das leuchtet ein, denn eine Bevölkerung, auf die es zu hören galt — und sei es auch nur, um ihr besser beikommen zu können, wenn sie in seinem Sinn Negatives meinte —, gab es in seinen Vorstellungen nicht.

Werner Bender

DIETER CLAESSENS/ARNO KLÖNNE/
ARMIN TSCHOLPE

SOZIALKUNDE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Mit 15 Schaubildern und 45 Tabellen sowie zwei Übersichtskarten. Verlag Eugen Diederichs, Düsseldorf und Köln 1965. 356 S., Ln. 28,— DM.

Die Verfasser geben in ihrem Buch eine Bestandsaufnahme der vorhandenen und soziologisch auswertbaren Informationen über die Bundesrepublik Deutschland. Bei Durchsicht der gesellschafts- und staatsbürgerkundlichen Lehrbücher stellten sie fest, daß diese nahezu ohne Ausnahme arm an Informationen sind, wesentliche Aspekte vernachlässigen, andere ideologisieren. Das veranlaßte sie, eine Darstellung zu geben, die zu kritischem Denken anregt. Nach Auffassung der Autoren ist demokratische Kultur kritische Kultur. „Kritische Kultur ist die des wachen Geistes, der sich ohne Vorurteile den Problemen der Zeit stellt und bereit ist, für die gewaltigen Annehmlichkeiten unserer technischen Zivilisation den unvermeidlichen Preis zu zahlen: hohe physische, berufliche und geistige Mobilität. Ohne diese Bereitschaft zur Beweglichkeit sind die Anpassungs- und Gestaltungsaufgaben der Gegenwart und der nächsten Zukunft nicht zu lösen.“ (S. 5).

Claessens und seine Mitarbeiter kennzeichnen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland unter historischen Aspekten als eine „nachfaschistische Gesellschaft“. „Der Begriff verweist auf die unvermeidlichen Auswirkungen des nationalsozialistischen Regimes weit in die Nachzeit hinein, die sich in überkommener oder beibehaltener Gesetzgebung, in personellen Konstellationen, im Nachwirken der faschistischen Ideologie (Rassenwahn, Herrenideologie) und ihren Nebenideologien (Chauvinismus, Intellektuellen- und Fremdenfeindlichkeit) und auch im Ausfall der einstmals oppositionellen Elite, die nun zur Führung gebraucht wurde, zeigen“ (S. 11).

Da die Verfasser „den Faschismus in Deutschland als ein Bündel von sozialgeschichtlich, politisch und ideologisch auftretenden Tendenzen“ auffassen, „die längst vor der Gründung der NSDAP oder dem Machtaufstieg Hitlers wirksam waren und von denen angenommen werden muß, daß sie zum Teil auch in anderen Gesellschaften als der deut-

schen vorfindbar sind“, stellen sie folgende zwei Fragen an den Anfang ihrer Erörterungen zum politischen System der Bundesrepublik: „Welche Besonderheiten der politischen Geschichte und der Sozialgeschichte Deutschlands tragen zur Erhellung des Phänomens Nationalsozialismus bei? Treten darüber hinaus in einem bestimmten — nicht nur in Deutschland gegebenen — Stadium industriegesellschaftlicher Entwicklung regelmäßig faschistische Tendenzen auf, gibt es also ein faschistisches Potential?“ (S. 12).

Ihr kritisches Engagement für eine egalitäre und liberale Demokratie bietet ihnen die ordnenden Aspekte für die Aufarbeitung des von ihnen gesammelten reichen, gewissenhaft überprüften Materials. In drei große Abschnitte gegliedert, bietet ihr Buch Einsicht in das politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle System der Bundesrepublik Deutschland. Die Verfasser haben recht, wenn sie vermuten, ihr Buch werde nicht den ungeteilten Beifall seiner Leser finden. Ich selbst bin froh, daß es geschrieben worden ist. Neben *Paul Röhrigs* „Politische Bildung — Herkunft und Aufgabe“ (Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1964) und *Hermann Gieseckes* „Didaktik der politischen Bildung“ (Juventa Verlag, München 1965) steht nun noch eine ausgezeichnete Gesellschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung.

Lediglich das Literaturverzeichnis erscheint mir zu wenig ausgewogen. Wichtige Arbeiten von Wolfgang Abendroth, Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse, Otto Stammer u. a. vermisste ich in ihm.

Die Tendenz zur Kritik, die dem Buch seine Dynamik gibt, halte ich in der politischen Eildung für unentbehrlich: „Diese Kritik... entspringt nicht etwa einer ablehnenden Haltung gegenüber der BRD. Kritik orientiert sich immer an einem Bild von einem besseren Zustand und ist insofern von dem Bemühen diktiert, das Kritisierte zu verbessern; sie ist getragen von der Tendenz, Widersprüche offenzulegen und das Mögliche aus dem Wirklichen herauszuholen. Dieses Engagement des Kritikers geht weit über das eines Konservativen hinaus. Will letzterer nur die Beibehaltung des Status quo, so will ersterer die Steigerung der Gesellschaft und der Kultur. Allerdings darf das Bild, an dem gemessen Wirklichkeiten als schlecht erkannt werden, nicht so hoch angesetzt werden, daß ihm überhaupt keine Wirklichkeit entsprechen kann. Kritik darf nicht mit übermäßiger Emotivität beschwert werden, sie muß nüchtern und distanziert bleiben, da sie sonst die Realität nicht mehr erfassen und dem Gegenstand der Zuneigung durch ständige Überforderung — in unserem Fall Überforderung der Demokratie — eher schaden als nützen kann“ (S. 352).

Prof. Dr. Wilfried Gottschalch

LUTZ LEHMANN

LEGAL & OPPORTUN

Politische Justiz in der Bundesrepublik. Voltaire-Verlag, Berlin 1966. 361 S., 24,80 DM.

Lutz Lehmann, der im Herbst 1964 wegen einer *Panorama-Sendung* des NDR über die politische Justiz der Bundesrepublik angegriffen worden ist, verteidigt sich nun mit einer umfassenden, reich dokumentierten Darstellung. Die von der niedersächsischen Regierung erhobenen Vorwürfe sind mit abgedruckt und eindrucksvoll widerlegt. Unter den Dokumenten sind mehrere, die geradezu erschütternd sind, und die beweisen, wie, von der interesselosen Öffentlichkeit kaum bemerkt, inzwischen wieder ein Massenbetrieb der politischen Strafverfolgung gegen frühere Kommunisten eingesetzt hat. Und zwar auf Grund von Tatbeständen, die nur, durch weite Auslegung unserer ohnehin weiten und vagen Strafgesetze von 1951 oder durch strenge Anwendung des KPD-Verbots von 1956 zu strafbaren Handlungen werden. Begriffe wie „Verfassungsverrat“, „Untergrabung“ von Verfassungsgrundsätzen oder „Untergrabung“ von Bereitschaft, die Bundesrepublik zu verteidigen, also „Zersetzung“ der Wehrkraft üblen Angedenkens, Einfuhr von „verfassungsverräterischen Druckschriften“ und anderes spielen eine maßgebende Rolle.

Eine Umsturzgefahr, mindestens von dieser Seite her, ist unstrittig auch von weitem nicht am Horizont zu erkennen. Dazu kommt das unglückselige Offizial- oder Legalitätsprinzip, das die Staatsanwaltschaften zwingt, wegen jedes Verstoßes, den eine Polizeibehörde oder ein Überwachungschenst anzeigt, ein Verfahren einzuleiten. Dieses Legalitätsprinzip, das nur in der Bundesrepublik gilt, ist sicher in Staatsschutzsachen unvernünftig.

Mit dem Titel des Lehmannschen Buches wird gerade auf diesen Mißstand abgehoben, der zur Folge hat, daß gegen zahlreiche kleine Leute wegen bagatellhafter Vorgänge ein Strafverfahren betrieben wird. Wie Lehmann selbst ermittelt hat, haben im Jahre 1963 über 10 000 politische Strafverfahren geschwebt, weitaus die meisten auf Grund der oben angedeuteten Tatbestände. Abgesehen von dem vielfältigen Unglück und abgesehen von häufigen Verlegenheiten, die daraus entstehen (ich erinnere nur an die von Lehmann geschilderten Fälle *Grasnick* und *Hofe*) und den blamablen Versuchen, sie zu beheben — eine der übelsten Folgen dieser Inflation der politischen Strafverfolgung ist die Aufschwemmung des entsprechenden Polizei- und Nachrichtenapparats und, mit dessen Massenhaftigkeit, auch seine qualitative Verschlechterung. Lehmann gibt dazu einige peinliche Dokumente.

Es ist klar, daß dieser Überwachungsbetrieb auch die Wirkung hat, daß das politische

Interesse besonders der jungen Generation nachläßt. Man will sich in nichts Gefährliches verwickeln lassen, und was gefährlich und geheim ist, weiß man schon nicht mehr genau. Man wird etwa vom Ermittlungsbeamten gefragt, ob in dem Gespräch mit dem beschuldigten Arbeitskollegen auch von der Atombewaffnung oder von der Anerkennung der DDR die Rede gewesen sei. Darüber wird dann an die Staatsanwaltschaft berichtet. So entsteht allmählich eine Zweiteilung der Bevölkerung in Aufpasser und in Anpasser; und den Schaden davon hat die in Deutschland noch gar nicht ausgewachsene, alles andere denn robuste Pflanze Demokratie.

Dr. Richard Schmid

GEORG SCHEUER

MARIANNE AUF DEM SCHAFOTT

Frankreich zwischen gestern und morgen. Europa Verlag, Wien—Frankfurt—Zürich 1966. 336 S., Paperback, 18,80 DM.

Unter diesem seltsamen Titel, zu dem ihn eine Karikatur in einer französischen Zeitung angeregt hat, schreibt Georg Scheuer, seit Jahren Pariser Korrespondent deutschsprachiger Zeitungen, über die Entwicklung Frankreichs unter der Präsidentschaft *de Gaulles*, wobei er, soweit erforderlich, auf die Zeiten der Vierten und Dritten Republik zurückgreift. Ein nützliches Buch insofern, als in ihm das Panorama der Geschehnisse der letzten zehn Jahre noch einmal ausgebreitet wird. Natürlich spielen der Algerienkrieg und die Liquidation von Frankreichs nordafrikanischem Kolonialreich dabei eine bedeutende Rolle und vieles, was unsere schnellebige Zeit an Einzelheiten, Daten, dem Wirken verschiedener Persönlichkeiten in Vergessenheit geraten ließ, wird hier wieder aufgefrischt und dem Gedächtnis erhalten.

Aber das Werk verlangt kritische Leser, einiges stimmt einfach nicht, sowohl was die Einzeltatsachen anbetrifft wie die Urteile und Perspektiven, die der Autor präsentiert. Das kommt zunächst daher, daß er an der Oberfläche der Ereignisse bleibt, denkwürdige Parlamentssitzungen, Putschversuche, Aufrufe, Regierungs- und Parteierklärungen aufzählt und kommentiert, aber auf eine systematische *Analyse* der französischen Gesellschaftsstruktur leider verzichtet. Und doch: Gerade Vorgänge wie das Scheitern von *Mendes-France* als Ministerpräsident oder die Bewegung des *Poujadismus* lassen sich nicht verstehen ohne Kenntnis der Besitzverhältnisse und der fortschritthemmenden Vertragsmechanismen wie Usancen der französischen Wirtschaft. An Stelle solcher tieferbohrenden Untersuchungen stützt sich Scheuer auf eine Arbeitshypothese, die sich wie ein zwar nicht einheitlich

roter, sondern manchmal hellrosa, manchmal dunkelrot schillernder Ariadnefaden durch das ganze Buch zieht.

Es ist die Hypothese eines zeitweise heimlichen, zeitweise offen zutage tretenden Bündnisses zwischen de Gaulle und der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), das vom Kreml mit Rücksicht auf die antiamerikanischen Tendenzen de Gaulles gesteuert wird. Zweifellos haben in bestimmten politischen Situationen derartige Erwägungen eine gewisse Rolle gespielt. Aber Scheuer übertreibt ganz entschieden, und was seine fortgesetzte Kritik an der Polemik gegen die KPF besonders fragwürdig erscheinen läßt, ist, daß er sie abwechselnd von einer demokratischen und dann wieder von einer „ultralinken“ Position aus übt. Soweit er seine These in die Vergangenheit projiziert, endet das mit falscher Darstellung der Tatsachen.

Der Autor ist nach einer dem Buch beigegebenen Stichwortbiographie 1938 nach Frankreich gekommen. Wer aber die dramatischen Februartage 1934 in Paris selbst miterlebt hat, weiß, daß sich die Kommunisten an dem Faschistenputsch des 6. Februar nicht beteiligt haben, wie Scheuer behauptet. Dies nur als Beleg dafür, wie weit er sich von seiner polemischen Einstellung hinreißen läßt. Antistalinistische Politik zu treiben, das sei natürlich niemand verdacht. Aber Geschichte wird besser sine ira et studio geschrieben.

Walter Gyssling

BRUNO MOLITOR

VERMÖGENSVERTEILUNG ALS WIRTSCHAFTSPOLITISCHES PROBLEM

Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1965. 204 S., Ln. 27,50 DM.

Die Zahl der Pläne, deren Ziel eine breitere Vermögensstreuung ist, ist kaum noch übersehbar. Ebenso verhält es sich mit der Literatur zu diesem Problem. Trotzdem kann Molitors Veröffentlichung, die als Habilitationsschrift 1963 abgeschlossen wurde und nun als Veröffentlichung der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, Interesse beanspruchen. Es handelt sich hierbei um eine äußerst gründliche und abgewogene Erörterung, deren Bedeutung auch dadurch nicht verringert wird, daß die kreislaufanalytischen Untersuchungen von Föhl sowie anderer Autoren nicht berücksichtigt werden konnten. Molitor behandelt fünf getrennte Problemkreise:

1. Wie sollte eine erklärende Wirtschaftstheorie beschaffen sein?

2. Unter welchen Bedingungen wird das Ziel einer breiteren Vermögensstreuung politisch bedeutsam?

3. Welche Bedeutung hat die Vermögensverteilung für bestimmte gesellschaftliche Tatbestände?

4. Welche Mittel einer Vermögensverteilung gibt es?

5. Welcher Mittel wird sich der Wirtschaftsminister bedienen?

Zu 1.: In einem kurz gehaltenen ersten Kapitel geht Molitor auf die wissenschaftstheoretische Diskussion um den Aufbau empirisch gehaltvoller Theorien ein, wobei Molitor sich den Vorstellungen von *topper* und *Albert* anschließt. Bei der Kritik des Normativismus übersieht Molitor jedoch die besondere Aufgabenstellung, die nicht in der Erklärung, sondern in der politischen Beratung besteht. Bei der Diskussion zwischen *Albert* und *Weisser*, die seit der Abfassung des Buches weitergeführt worden ist, geht es um die Form der wissenschaftlichen Beratung: soll sie mehr punktuelle Beratung sein, die mit Hilfe von Technologien durchgeführt werden könnte (*Albert*) oder soll sie die Gesamtheit der politischen Ziele im Auge haben und systematisch durchgeführt werden (*Weisser*).

Zu 2.: Bei den Entstehungsbedingungen des Ziels breiterer Vermögensstreuung beginnt Molitor mit den strukturellen Voraussetzungen; hierzu rechnet er die Loslösung der Unternehmerfunktion vom Produktionsmittelbesitz, die Änderung der Investitionsfinanzierung und eine Änderung des Verhaltensmusters der Einkommensbezieher, die Molitor als „prestigesteuertes Vermögensinteresse“ beschreibt. Im Gefolge einer rationalistischen Sozialkritik habe außerdem das Gerechtigkeitspostulat einen hohen Rang bekommen, das seinerseits die bestehende Ungleichheit in der Vermögensverteilung änderungsbedürftig erscheinen läßt (soziopsychische Bestimmungsfaktoren). Daher erwarteten die Parteien eine Suggestivwirkung hiervon und schrieben eine solche Forderung auf ihre Fahnen, wobei die Betroffenen mit dem Slogan „Eigentum für alle“ zur Duldung veranlaßt werden könnten.

Zu 3.: In gedrängter präziser Darstellung analysiert Molitor den Zusammenhang zwischen der Vermögensverteilung und dem Eigentumsrecht, zwischen Vermögensverteilung und Marktwirtschaft, wobei das Ordnungskonzept einer Marktwirtschaft auf ein Problem der Organisationstechnik beschränkt wird; das Preissystem koordiniere die unterschiedlichen einzelwirtschaftlichen Pläne und biete über die Möglichkeit von Einkommenserhöhungen und -Senkungen Leistungsanreize. Trotz der Kürze sind diese Erörterungen sehr treffend. Weniger überzeugend ist die Erörterung der Auswirkung der Vermögensverteilung auf die Machtstruktur. Molitor glaubt, daß sich durch eine Änderung der Vermögensverteilung

weder die betrieblichen noch die politischen noch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse beeinflussen ließen. Bei solchen Aussagen liegt eine beträchtliche Schwierigkeit darin, daß nicht bekannt ist, welche Strukturen als unabänderlich bei Fortbestehen und Weiterentwicklung der Industrialisierung und einer demokratischen Ordnung angesehen werden müssen und welche im Sinn einer Demokratisierung beeinflusbar sind.

Zu 4.: Die Erörterung der möglichen Maßnahmen bildet den Hauptteil des Buches; unter sieben Hauptpunkten faßt Molitor die möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zusammen. In jeder Hinsicht wird eine umsichtige und präzise Analyse der verteilungspolitischen Wirkung der einzelnen Instrumente wie auch der verschiedenen Nebenwirkungen, z. B. auf das volkswirtschaftliche Wachstum, den Ausgleich der Zahlungsbilanz usw. geboten.

Im einzelnen werden erörtert: die Erbschaftsteuer, die zwar kaum beträchtliche unerwünschte Nebenwirkungen besitzt, aber lediglich eine Abflachung der Vermögenspyramide erreichen könne; die Privatisierung, die den Verlust eines wirtschaftspolitischen Instruments darstelle und im wesentlichen die Wirkung habe, breitere Kreise mit dem Aktien-erwerb vertraut zu machen; eine Gewährung von Sparprämien aus Budgetmitteln könne zwar keine großen Erfolge bringen, stelle jedoch eine Kompensation für die vielfältige Begünstigung der höheren Einkommen dar und habe in Zeiten inflationärer Tendenzen eine dämpfende Wirkung; in ihren Auswirkungen schwerer zu beurteilen seien Maßnahmen, die auf eine Umwandlung von Lohnsteuerbeträgen in Staatsschulden oder auf eine Änderung der Umsatz- in eine Einkommenbesteuerung hinausliefen; eine Investivlohnregelung brächte zwar den Vorteil, daß sie ein „Sparen ohne Konsumverzicht“ darstelle, sei in ihrer Verwirklichung jedoch an die Machtstärke der Gewerkschaften in Tarifverhandlungen gebunden. Für die Analyse sollte vielleicht zweckmäßiger zwischen Formen der investiven Gewinnbeteiligung und einer Regelung auf der Basis der gezahlten Löhne unterschieden werden. Die zurückhaltende Beurteilung der Sozialfondspläne überrascht, da sie durch ihren grundsätzlichen Aufbau wie auch durch ihre vielfältigen Modifizierungsmöglichkeiten dem marktwirtschaftlichen System gut angepaßt werden können. Eine einmalige Vermögensabgabe, die auf das Ziel der Abtragung der Vermögenspyramide zugeschnitten wäre, besäße eine beträchtliche Wirkung.

Zu 5.: Ein Optimalprogramm bestünde aus verschiedenen Maßnahmen: einer einmaligen wohl-dosierten Vermögensabgabe, einer Erbschaftsteuer, die den Erbanfall erfaßt, einer Umwandlung von Lohnsteuerbeträgen in

Staatsanleihen und einer Sparprämienzahlung. Ein solches Programm bringt allerdings den unteren Einkommensgruppen, deren Lohnsteuer- und Sparbeträge gering sind, wenig; es begünstigt nur Einkommensschichten, bei denen der Wille zur Vermögensbildung bereits vorhanden ist.

Zur Ableitung der Maßnahmen, die der Wirtschaftsminister ergreift, bildet Molitor ein Modell, das als Verhaltensmaxime der Politiker die Stimmenmaximierung unterstellt; das Verhalten der Produzentengruppen bei der Wahl wird als von der ökonomischen Interessenlage abhängig angesehen, während sich die übrigen Wähler mehr vom „image“ der Parteien leiten ließen. Bei dieser Modellkonstellation handle der Politiker dann rational, wenn er Maßnahmen ergreife, „die psychologisch Eindruck machen und gleichwohl in ihrem Einsatz einen Kompromiß zulassen“ (S. 173). So ergebe sich ein Immobilismus der Politik, da bei denkbar günstigen Voraussetzungen, was Ausgangslage und mögliche Mittel angehe, lediglich eine Sparprämien-gewährung, Vergabe zinsbegünstigter öffentlicher Kredite und eventuell Privatisierungsmaßnahmen und Erbschaftsbesteuerung übrig blieben.

Der vermögenspolitische Immobilismus als Tatsache dürfte unbestreitbar sein; es fragt sich jedoch, ob er mit dem von Molitor gebildeten Modell hinreichend genau beschrieben wird. Man könnte vielleicht die Stimmenmaximierungshypothese mehr als einschränkende Nebenbedingung ansehen, wie es bezüglich der Gewinnmaximierung bei Unternehmungen bereits geschieht. Außerdem müßte wohl unbedingt das Verhalten der Fraktionen und ihrer Gruppen einbezogen werden. Deswegen ungeachtet handelt es sich bei diesem Buch um eine außerordentlich weitgespannte und gründliche Untersuchung der wirtschaftspolitischen Probleme der Vermögensverteilung.

Günther Esters